

Nachwuchsförderung

Mentoring zur Nachwuchsförderung

Die Arbeitsgruppe «Nachwuchsförderung», bestehend aus Daniele Mezzi, Sara Schibli, Jacqueline Wick und Edith Saner, hat für unseren Nachwuchs ein Mentoring-Konzept erstellt. Das Mentoring-Programm der Die Mitte Aargau hat zum Ziel, junge Politikerinnen und Politiker in ihrer beruflichen und politischen Laufbahn zu unterstützen, sie in der Vereinbarkeit von Politik und Beruf zu begleiten.

Daniele Mezzi:

« Mentoring ermöglicht, Brücken zu bauen und generationenübergreifend gewinnbringend zu arbeiten. »

Mit dem Mentoring will Die Mitte Aargau einen Beitrag zur Nachwuchsförderung und der Zukunft der Partei leisten. Mentorinnen und Mentoren helfen den Jungen durch Wissen, Erfahrung und ihr Netzwerk die Position im politischen Umfeld zu erweitern und zu stärken. Gleichzeitig profitieren die Mentorinnen und Mentoren vom Wissen und von aktuellen Entwicklungen der jungen Generation.

Gewinn für die Mitte

- Gezielte Unterstützung und Förderung des Nachwuchses – denn die Jungen sind die Zukunft unserer Partei
- Generationenübergreifende Entwicklung fördern – ein wichtiger Standpunkt als Familienpartei
- Stetiger Aufbau von jungen Menschen für politische Mandate auf allen Ebenen
- Positive Auswirkungen auf das Image der Mitte-Partei

Jacqueline Wick:

« Mentoring ermöglicht, voneinander zu lernen und sich weiterzuentwickeln. »

Gewinn für die Mentorinnen und Mentoren

- Erweiterung der eigenen Beratungserfahrung und Beratungskompetenz
- Erweiterung des eigenen Netzwerkes
- Wissensaneignung über andere Fachgebiete

- Weitergabe und Reflektion eigener Werte
- Ideen und Impulse vom politischen Nachwuchs erhalten

Gewinn für die Mentees

- die eigenen Fähigkeiten besser kennenlernen und einschätzen
- Unterstützung bei politischen und beruflichen Tätigkeiten erhalten
- Einblicke in die Strukturen der politischen Welt erhalten und Kontakte knüpfen
- Einbindung in ein Netzwerk, das neue Impulse ebenso wie konkrete Hilfe bieten kann
- eigenes Arbeiten reflektieren
- Training der sozialen und kommunikativen Kompetenzen

Edith Saner:

« Mentoring ermöglicht, Wissen und Erfahrung zu teilen. »

Mit dem Mentoring-Programm werden grundsätzlich alle Mitglieder der Die Mitte Aargau und der Jungen Mitte Aargau angesprochen. Das Mentoring-Programm fordert Bereitschaft der Jungen und des Mentors/der Mentorin, sich zeitliche Kapazitäten für den Austausch zu nehmen.

Anforderungsprofil des Mentees

- Sympathisant/in der Jungen Mitte Aargau oder/und Mitglied der Die Mitte Aargau
- positive Beurteilung der Kurzbewerbung durch den Vorstand der Jungen Mitte Aargau oder den Vorstand der Bezirkspartei
- hohe Motivation und persönliche Bereitschaft, sich engagiert einzubringen
- zeitliche Verfügbarkeit (Treffen mind. 6 Mal pro Jahr)
- Bereitschaft zum kritischen Reflektieren der eigenen Entwicklung

Anforderungsprofil der Mentorinnen und Mentoren

- Mitglied der Die Mitte Aargau
- mehrere Jahre politische Erfahrung
- Freude an der Kommunikation mit an-

deren Menschen. Interesse und Motivation am Fördern des Nachwuchses in unserer Partei

- Bereitschaft für ein zeitliches Engagement (Treffen mind. 6 Mal pro Jahr)
- Erfahrung im politischen Handeln (Erfahrung mit Politik, Kontakt zu politischen Themen aufgrund der jetzigen Funktion, etc.)

Sara Schibli:

« Mentoring ermöglicht, sich persönlich weiterzuentwickeln und sich von einem erfahrenen Mentor begleiten zu lassen. »

Organisation und Verantwortung

Die Verantwortung für das Mentoring-Programm liegt übergeordnet beim Präsidium der Kantonalpartei Die Mitte Aargau. Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, die gerne ein Mentoring in Anspruch nehmen, können sich direkt bei der Geschäftsstelle melden: mentoring@diemitteaargau.ch. Ebenso suchen wir Politikerinnen und Politiker, die Freude und Lust haben, ihre Erfahrung durch ein Mentoring weiterzugeben. Wir freuen uns auf interessierte Personen. Bei Fragen gibt Edith Saner (edithsaner@bluewin.ch) gerne Auskunft.

Arbeitsgruppe Nachwuchsförderung



Freiheit für alle

Russland hat am 24. Februar die Grenzen eines freien, demokratischen, selbstbestimmten Landes überschritten und verletzt seither auf unerträgliche Art das Völkerrecht und die Menschenrechte. Vor unseren Augen erfolgt ein terrestrischer Angriffskrieg, der die Gewissheiten über den Haufen geworfen hat. Die Zeit der Panzerschlachten ist definitiv nicht vorbei.

«Verhandlungen kommen immer zuerst», sagte Helmut Schmitt einmal, «aber man muss militärisch so stark sein, dass der andere gezwungen ist, sich an den Tisch zu setzen.» Diese Wehrbereitschaft haben wir verschlafen und haben uns dazu noch blauäugig abhängig gemacht von

Ländern, die die Freiheit mit Füßen treten.

In diesem Krieg kämpfen Menschen, welche die sowjetische Diktatur erlebt haben, um ihre Freiheit. «Eher den Tod als in der Knechtschaft leben», steht in Schillers Rütlichswur. Und Bob Marley sagte: «Es ist besser im Kampf um Freiheit zu sterben, als sein ganzes Leben ein Gefangener zu sein.» Die Ukrainerinnen und Ukrainer stehen für nichts anders als das, was wir so selbstverständlich in Anspruch nehmen, weil unsere Vorfahren sich dafür einsetzten. Wer ihnen nun sagt, gebt endlich auf, damit wir hier frei sind und Europa Ruhe hat, soll aufhören,

wie am 1. August in Reden üblich, Tell zu zitieren.

Noch nie in der Weltgeschichte haben Menschen so viele Gleichheits- und Freiheitsrechte genossen wie in den Demokratien des Westens. Es liegt in unserer Verantwortung, diese auch in Zukunft für alle zu erhalten. Wir dürfen die Rückwärtsbewegungen zu Diktaturen nicht tolerieren. Möge Europa zusammenwachsen im Bewusstsein seiner gemeinsamen Werte. Freiheit. Gleiche Rechte. Solidarität. Mögen Demokratie und Freiheit im neuen Krieg in Europa siegen.

Marianne Binder,
Präsidentin Die Mitte Aargau

Volksinitiative vom 17. September 2019 «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»

Das Tierwohl wird heute schon respektiert

Die Initiative will den Schutz der Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die Verfassung aufnehmen. Als Mindestanforderung sollen die Bio-Suisse-Richtlinien aus dem Jahre 2018 gelten. Konkret wird ein Verbot der Massentierhaltung gefordert. Der Bund soll Kriterien erarbeiten, die eine tierfreundliche Unterbringung, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse je Stall festhalten. Zudem soll der Bund die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen neu so festlegen, dass sie den neuen Gesetzgebungen der Schweiz Rechnung tragen. Es wird eine Übergangsfrist von 25 Jahren eingeräumt, aber nicht für Stallneubauten. Die Initiative wird unterstützt von Die Grünen, sentience, Vier Pfoten, Greenpeace, Pro Natura und anderen.

Was spricht dagegen

Das Tierwohl in der Schweiz ist heute schon an hohe Anforderungen gekoppelt. Unser Tierschutzgesetz ist eines der strengsten weltweit. Es gibt etliche Label, die über die Mindestanforderungen in der Tierhaltung hinausgehen. Für Schweine, Geflügel und Rindvieh existieren schon verbindlich festgelegte Maximalbestände.

Durch die Übernahme der Bio-Suisse-Richtlinien würde erstmalig ein privater Standard in die Verfassung aufgenommen, der nach einiger Zeit nicht mehr dem aktuellen Wissenstand entspräche. Da auch für Importe von Tieren und Fleisch strengere Regeln gelten sollen, würde die Schweiz gegen internationale Verpflichtungen bei der WTO und der EU verstossen.



Tagtäglich wird viel Zeit in das Wohl der Tiere investiert.

Lebensmittel, die den geforderten Standard erfüllen, sind bereits heute im Handel erhältlich und dies in genügender Menge. Einige Labelprodukte, die ein erhöhtes Tierwohl verlangen, wurden sogar wegen mangelnder Nachfrage wieder aus dem Sortiment genommen. Dürfte nur noch nach den geforderten Richtlinien produziert werden, würden sich die Lebensmittel je nach Produkt um 20% bis 40% verteuern. Dies dürfte den Einkaufstourismus weiter ankurbeln.

Ständerat und Nationalrat empfehlen die Initiative zur Ablehnung. Der Parteitag Die Mitte Aargau hat einstimmig bei einer Enthaltung die Nein-Parole beschlossen.

Michael Notter,
Grossrat, Niederrohrdorf

tierhaltungsinitiative-nein.ch



Mehr Importe statt regionale Lebensmittel?

SEPT 25 NEIN zur unnötigen Tierhaltungsinitiative

Ja zur AHV 21 für mehr Generationengerechtigkeit

1948, bei der Einführung der AHV, galt das gleiche Rentenalter 65 für Männer und Frauen. Damals hatten Männer bei der Geburt 66,4 Jahre vor sich, Frauen 70,9 Jahre. Heute sind es 82,5 für Männer und 86,4 Jahre für Frauen. Die gewonnenen Lebensjahre verlängern den Ruhestand und damit den Rentenbezug.

Die AHV-Renten von Frauen und Männer sind gleich hoch. Die Männer bezahlen mehr ein und die Frauen erhalten mehr. Durch das tiefere Rentenalter und die längere Lebenserwartung beziehen Frauen aktuell 5 Jahre länger AHV als Männer. Von einer Diskriminierung der Frauen in der AHV kann keine Rede sein. Frauen werden auch mit der Angleichung des Rentenalters nicht benachteiligt. Es ist völlig abwegig von «Sozialabbau» oder «Raub an den Frauen» zu sprechen, und es ist unredlich gegenüber der jungen Generation, allfällige Diskriminierungen in anderen Bereichen mit einem Nein zur AHV kompensieren zu wollen.

Es ist vielmehr dort anzusetzen, wo tatsächlich Ungleichheiten bestehen, bei den Löhnen und im BVG. In der zweiten Säule sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gross. Deshalb sieht das Parlament in der laufenden BVG-Reform für Mehrfach- und Teilzeitbeschäftigte sowie für Tieflohnbranchen klare Verbesserungen vor.

Durch die Alterung der Gesellschaft braucht die AHV mehr Geld. Nach den Finanzperspektiven des Bundes wird sich das Umlagedefizit zwischen 2025 und 2032 auf 18 Mia. Franken kumulieren. Die vorliegende Reform stabilisiert die AHV bis 2032. Die Mehrwertsteuer wird um 0,4% erhöht und das Frauenalter wird in Dreimonatsschritten über vier Jahre an dasjenige der Männer angeglichen.



Ein Ja sichert die Renten und stärkt die Generationengerechtigkeit.

chen. Bis 2032 bringt das der AHV Mehreinnahmen von insgesamt ca. 17 Mia. Franken, davon 12 Mia. Franken Mehrwertsteuer. Rund ein Drittel der Einsparungen, welche durch die Erhöhung des Frauenrentenalters erzielt wird, fliesst als Ausgleichsmassnahmen an die Übergangsgeneration der Jahrgänge 1961 bis 1969. Diese 9 Jahrgänge erhalten grosszügige Zuschläge von 160, 100 oder 50 Franken, in Abhängigkeit der Einkommenssituation. Tiefe Einkommen erhalten einen höheren Zuschlag. Betroffene Frauen der Übergangsgeneration erhalten damit lebenslang eine höhere Rente als ohne Reform. Dieser Zuschlag wird nicht an die Ergänzungsleistungen angerechnet und unterliegt nicht dem Ehepaarplafond. Zudem profitieren alle Frauen der Übergangsgeneration von privilegierten Kürzungssätzen, wenn sie die Rente vorbeziehen.

Bei der Abstimmung über Altersvorsorge 2020 vor 5 Jahren haben die Linken sowohl einer Erhöhung des Frauenren-

tenalters wie auch einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zugestimmt. Das sie nun, beides bekämpfen ist rein ideologisch motiviert und schlicht verantwortungslos.

Zwischen 1947 und 1995 gab es 10 AHV-Revisionen. Seither sind alle gescheitert, obwohl dringender Handlungsbedarf besteht. Die vorliegende Reform stabilisiert die AHV, sichert die Renten und stärkt die Generationengerechtigkeit.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt für die Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (AHV 21) einstimmig bei einer Enthaltung die Ja-Parole. Der Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wird mit 69 Ja zu 1 Nein bei 2 Enthaltungen zur Annahme empfohlen.

Ruth Humbel,
Nationalrätin, Birnenstorf



Parolenspiegel

Eidgenössische Vorlagen

Massentierhaltung	NEIN
Mehrwertsteuer	JA
Bundesgesetz AHV 21	JA
Verrechnungssteuergesetz	JA

Kantonale Vorlagen

Vertretungsregelung Parlamentsmitglieder	JA
---	----

Ja zu einem wettbewerbsfähigen Standort Schweiz, mehr Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen im Inland



Ja, zu unseren Unternehmen, zu unseren Arbeitsplätzen, zu unserem Schweizer Standort.

Der Bund erhebt auf Zinsen von Obligationen eine Quellensteuer, die sogenannte Verrechnungssteuer. Dies hat zur Abwanderung von Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen in Länder geführt, die keine solche Steuer kennen. Mit der vorliegenden Reform soll dieser Standortnachteil korrigiert werden.

Bundesrat und Parlament wollen das ins Ausland verlagerte Geschäft mit Obligationenanleihen in die Schweiz zurückholen. Unternehmen und andere Körperschaften, die Anleihen ausgeben, sollen bei deren Ausgabe in der Schweiz gleiche Bedingungen erhalten wie im Ausland. Konkret sollen Zinserträge auf inländischen Obligationen von der Verrechnungssteuer befreit und die Umsatzabgabe auf inländischen Obligationen abgeschafft werden. Das wird dazu führen, dass Steuersubstrat und Arbeitsplätze wieder aus Ländern wie Luxemburg oder Malta in die Schweiz kommen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werk-, Finanz- und Forschungsplatzes wird gestärkt. Private und staatliche Unternehmen, unter anderem Spitäler, Energieunternehmen, der öffentliche Verkehr, aber auch Kantone, Städte und Gemeinden kommen künftig günstiger an Fremdkapital zur Finanzierung von Investitionen.

Die Reform ist gezielt. Sie führt wohl kurzfristig zu begrenzten Steuerausfällen, mittel- und langfristig aber zu steuer-

lichen Mehreinnahmen. Denn der belebte Schweizer Kapitalmarkt wird einheimische Wertschöpfung und damit neue Steuerquellen schaffen. Die Reform wird zu einem Zusatzwachstum der Schweizer Volkswirtschaft von jährlich wiederkehrend rund 0,5% führen und ist damit eine Investition in die volkswirtschaftliche Stärke der Schweiz, die allen Menschen, die hier leben, zugutekommt.

Wir wissen es: der internationale Druck auf die Schweiz steigt, es ist unerlässlich, unsere Wettbewerbsfähigkeit dort zu optimieren, wo wir dies mit unserer eigenen Gesetzgebung tun können. Deshalb sage ich Ja zu Reform der Verrechnungssteuer. Ja, zu unseren Unternehmen, zu unseren Arbeitsplätzen, zu unserem Schweizer Standort.

Der Parteivorstand Die Mitte Aargau empfiehlt mit 26 Ja zu 2 Nein bei 2 Enthaltungen die Ja-Parole.

Marianne Binder-Keller,
Nationalrätin und Präsidentin
Die Mitte Aargau, Baden

Verfassung des Kantons Aargau (Vertretungsregelung für Parlamentsmitglieder); Änderung vom 18. Januar 2022

Ja zur Stärkung des Milizsystems

Was in anderen Kantonen bereits eine Selbstverständlichkeit ist, soll neu auch im Kanton Aargau möglich werden: Die Stellvertretung im Grossen Rat.

Mit 80 zu 51 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, hat der Grosse Rat am 18. Januar 2022 beschlossen, den § 76 der Kantonsverfassung mit einem dritten Abschnitt zu erweitern und damit eine Grundlage für die gesetzliche Regelung von Vertretungsmöglichkeiten im Parlament zu schaffen. Konkret sehen das dem Rat gleichzeitig zur Genehmigung vorgelegte und ergänzte Geschäftsverkehrsgesetz (GVG) sowie das dazugehörige Dekret (Geschäftsordnung, GO) vor, dass sich Mitglieder des Grossen Rats bei Verhinderung infolge Mutterschaft, Krankheit oder Unfall jeweils während drei bis zwölf Monaten vertreten lassen können. Die Bestimmung der Vertretung erfolgt in der Regel nach den Grundsätzen über das Nachrücken. Des Weiteren wird im revidierten § 65 Abs. 5 GVG festgehalten, dass die Gemeinden frei sind, dieselben

Vertretungsregelungen mittels Gemeindeordnung auch bei längerfristiger Verhinderung von Mitgliedern des Einwohnerrats einzuführen.

Die Fraktion der Die Mitte hat sich am 18. Januar 2022 mit 16 zu 0 Stimmen für die vorliegende Verfassungsänderung eingesetzt. Längerfristige Abwesenheiten wegen Unfall, Krankheit oder Mutterschaft lassen sich nicht vermeiden. Die während dieser Zeit nicht vertretene Fraktions-Stimme verfällt. Dies verfälscht den Wählerwillen, schwächt die Parteien und stellt das betroffene Parlamentsmitglied vor die schwierige Entscheidung, aus Verantwortungs- und Pflichtgefühl vorzeitig zurückzutreten. Entsprechend dem Fachkräftemangel in der Wirtschaft wird es auch in der Politik zunehmen schwerer, qualifizierte Exponentinnen und Exponenten zu rekrutieren. Mit der vorliegenden Verfassungsänderung kann dem – bei gleichzeitiger Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik – konkret und nachhaltig begegnet werden.



Ja zur Stärkung der Politik.

Der Parteivorstand Die Mitte Aargau hat mit 23 Ja zu 3 Nein bei 4 Enthaltungen die Ja-Parole beschlossen.

Karin Koch Wick,
Grossrätin, Bremgarten

Unser Nachwuchs – Interview mit Michelle Gregor

Michelle, mit 25 Jahren bist Du bereits Einwohnerrätin in Wohlen. Seit wann hast Du dieses Amt und seit wann bist Du politisch aktiv?

Mit 21 Jahren (2018) habe ich das erste Mal für den Einwohnerrat Wohlen kandidiert. Ich habe ehrlich gesagt nicht damit gerechnet, bereits bei der ersten Kandidatur gewählt zu werden – umso grösser war dann aber die Freude. Dort begann auch meine politische Karriere. Politik war aber schon früher ein grosses Thema in unserer Familie. Wir diskutieren immer noch regelmässig über die aktuellen Themen und legen viel Wert auf den Meinungs austausch.

Welche Themen im Einwohnerrat interessieren Dich im Besonderen und was würdest Du gerne in nächster Zeit bewirken?

Ich finde alle Themen interessant. Allerdings fällt mir jeweils das Sprichwort «weniger ist mehr» ein. Es gibt Parteien, welche zum Eigennutzen viele Vorstösse einreichen, die aber nicht wirklich etwas der Gesellschaft beitragen. Ich interessiere mich eher für die grösseren Projekte oder Themen, welche Wohlen weiterbringen. Besonders möchte ich mich für eine bessere Busverbindung zum Bahnhof Wohlen einsetzen, denn es wird bald ein neues Kulturzentrum geben. Der Verein für Kultur Wohlen darf den alten, leerstehenden Werkhof für 5 Jahre zwischennutzen. Dieser soll als kulturelles Zentrum überregional ausstrahlen und eine Platt-

form für Musik, Theater, Konzerte und bildende Kunst bieten. Ich setze sehr viel Hoffnung in dieses Konzept.

War es für Dich immer klar, in der Die Mitte zu politisieren? Was überzeugt Dich an unserer Partei?

Nein. Ich bin nicht die typische Mitte-Politikerin, welche die exakt gleichen Ansichten wie diese Partei hat. Ich schwanke gerne mal nach links aus, eher selten nach rechts, kann aber auch vorkommen. Ich hole mir bei politischen Themen gerne Meinungen von allen Seiten ein und bilde meine eigene. Insbesondere stehe ich ein für Gleichberechtigung, Chancengleichheit, haushälterischem Umgang mit Steuergeldern und nachhaltiger Planung der Ressourcen. Ich finde extreme Seiten nicht gut und suche deshalb die (goldene) Mitte. Ich denke, da bin ich am richtigen Ort.

Wie reagiert Dein Kolleginnen-/Kollegenkreis darauf, dass Du in der Politik bist?

Ich habe gute Kolleginnen und Kollegen, welche zum Teil andere politische Ansichten vertreten als ich. Das finde ich umso interessanter, da so viel spannendere Konversationen entstehen. Freunde und Freundinnen von links bis rechts, und auch welche, die sich nicht grossartig für Politik interessieren. Ich bin überzeugt, dass meine Kolleginnen und Kollegen stolz auf mich sind, egal ob ich in der Politik bin oder nicht.

Um welche Themen sollten wir uns in der Die Mitte speziell kümmern, damit wir junge Menschen ansprechen?

Junge Menschen sollen sich auch schon vor der Volljährigkeit mit der Politik auseinandersetzen können. Der Jugendrat Wohlen gibt politisch interessierten Jugendlichen die Möglichkeit, das Gemeindeleben aktiv mitzugestalten. Einmal im Jahr findet die Jugendsession statt, an welche der Einwohnerrat sowie der Gemeinderat eingeladen werden. Die Mitte und die anderen Parteien sollten dort die Chance ergreifen, der jungen Bevölkerung zuzuhören und sie ernst zu nehmen. Speziell könnte sich Die Mitte um einen stärkeren und attraktiveren Social Media Auftritt kümmern.

Was ist Dir wichtig, neben Beruf und Politik zu pflegen?

In meiner Freizeit fahre ich gerne mit meinem Motorrad über die Pässe, vielleicht wieder mal auf der Rennstrecke. Frische Luft hole ich mir aber auch gerne in einem langsameren Tempo zu Fuss auf den Bergen. Auf meinem Lieblingsberg, dem grossen Mythen, tanke ich Energie. Was dabei nicht fehlen darf, ist meine Outdoorpfanne, mit dieser zaubere ich ein feines Menu. Ich verbringe meine Zeit gerne mit meinen Freundinnen und Freunden, wenn möglich draussen.

Edith Saner, Birnenstorf
und Michelle Gregor, Wohlen



Edith Saner, Grossrätin Die Mitte im Gespräch mit Michelle Gregor aus Wohlen.

Dank an Andreas Meier

Grossrat, Andreas Meier, Klingnau nahm am 28. Juni an seiner letzten Sitzung des Grossen Rates teil. Auf ihn folgt Monika Baumgartner, Tegerfelden. Sie wird an der Sitzung vom 30. August vereidigt.

Andreas Meier gehörte dem Rat seit Januar 2017 an. Mit ihm verliert die Mitte-Fraktion ein Mitglied, welches sich mit Engagement für seine Themen Ökologie, Wirtschaft und Energie eingesetzt hat.

Im Wesentlichen war seine Zeit im Grossen Rat geprägt durch eine erfolgreiche Haushaltsanierung und eine geschickte Bewältigung der Covid-Pandemie. So half er mit, für eine bürgerliche Politik, Brücken zu bauen, zuweilen aber auch klare Grenzen zu setzen, wenn Solidarität und Verantwortung nicht berücksichtigt wurden. Was den Grossen Rat und damit auch den Aargau erfolgreich macht, vollzog sich zuerst in den Gedanken Einzelner. Erfolgreich wurden diese Gedanken, weil sie ausgesprochen und gehört wurden. So Andreas Meier: «Ich wünsche den Ratsmitgliedern mehr Zeit zur Begegnung im Rat, weiterhin Ohren füreinander und eine Sprache in der Ihr Euch versteht.»



Lieber Andreas, herzlichen Dank für Deine grosse Arbeit zu Gunsten unserer Mitte Fraktion.

Alfons Paul Kaufmann,
Fraktionspräsident, Wallbach

Bitte reservieren!

Termine 2022

Parteitage Die Mitte Aargau

Donnerstag, 27. Oktober 2022, 18.45 Uhr

Café Fédéral Argovia (per Zoom)

Montag, 5. September 2022, 18.30 Uhr

Mittwoch, 23. November 2022, 19.30 Uhr

Weitere Termine finden Sie unter
www.diemitteaargau.ch/veranstaltungen

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@diemitteaargau.ch**

Herausgeber

Die Mitte Aargau
Mitgliederzeitschrift

Erscheinungsweise

4–5x jährlich

Jahresabonnement

Fr. 40.–

Auflage

6350 Exemplare

Administration

Sekretariat Die Mitte Aargau
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail

info@diemitteaargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen